Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12965**

18. Wahlperiode 27.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Eva Bulling-Schröter, Wolfgang Gehrcke, Caren Lay, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 22. und 23. Juni 2017 in Brüssel und zum G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der G20-Gipfel in Hamburg am 7. und 8. Juli 2017 findet in einer Zeit wachsender internationaler Spannungen statt. Die G20-Länder sind die größten Volkswirtschaften der Erde. Ihr Hunger nach Rohstoffen, ihr Streben nach Kapitalexport, ihr Bedarf an sicheren Handelswegen sind mit verantwortlich für viele Konflikte, die in den Ländern ausgetragen werden, die nicht am G20-Gipfel teilnehmen. In Syrien und Jemen finden grausame Kriege statt, in die Teilnehmer des Gipfels involviert sind und in denen Tausende Menschen sterben. In Ostasien verschärfen sich Konflikte mit globaler Tragweite im Südchinesischen Meer und auf der koreanischen Halbinsel. In Afghanistan herrschen auch im 16. Jahr des NATO-Einsatzes mit Beteiligung der Bundeswehr Krieg und Zerstörung. In Afrika, von Mali bis Somalia, können immer neue internationale Einsätze die Gefahr des islamistischen Terrors nicht eindämmen. Im Gegenteil wächst diese Gefahr und bedroht immer mehr Menschen, auch in Europa. Über 60 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht vor Krieg und Terror, Armut und Hunger.

An allen Kriegen verdient auch die deutsche Rüstungsindustrie mit. Sie lieferte in den vergangenen Jahren mit Genehmigung durch die Bundesregierung Rüstungsgüter in Länder, die an kriegerischen Konflikte beteiligt sind, wie Saudi-Arabien und die Türkei.

Reichtum und Macht war noch nie so ungleich verteilt wie heute. Die entwicklungspolitische Organisation Oxfam spricht davon, dass acht Milliardäre so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit, also 3,7 Mrd. Menschen, zusammen.

Auch in den G20-Staaten wächst die soziale Ungleichheit und breiten sich Armut und Perspektivlosigkeit aus.

Die G20 hat sich einst zusammengefunden, um Schieflagen auf dem Weltfinanzmarkt, die Ende der 90er Jahre zur Finanzkrise in Asien und von 2008 an in die Weltfinanzmarktkrise führten, zu korrigieren. Doch sind die Beschlüsse der bisherigen Gipfel völlig unzureichend, um die Probleme an der Wurzel zu packen. Trotz des aufsehenerregenden Panama-Skandals wurden keine Initiativen ergriffen, um Steuerflucht, die insbesondere in Ländern des Südens verheerende Auswirkungen hat, wirksam zu bekämpfen.

Mit der Aushandlung von sogenannten Freihandelsabkommen wollen G20-Regierungen für ihre Konzerne Märkte öffnen, den Zugang zu Rohstoffen sichern und Investitionsfelder erschließen. Das Abkommen zwischen EU und USA (TTIP), das zunächst am Widerstand der Bevölkerungen gescheitert war, soll möglicherweise doch weiterverhandelt werden. Das Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) wird derzeit ratifiziert und ist bereits vorläufig in Kraft. Derzeit laufen Verhandlungen der EU mit Japan über ein Freihandelsabkommen (JEFTA). An den Verhandlungen über die Liberalisierung des Dienstleistungssektors (TiSA) sind viele G20-Staaten beteiligt. Diese Konzernschutzabkommen stellen die Interessen der Konzerne über die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern in den beteiligten Ländern. Sie richten sich auch gegen die Interessen unbeteiligter Länder, insbesondere im Süden, indem sie diese von ihren Märkten ausschließen.

Von den Folgen der Erderwärmung sind schon heute einige Regionen der Erde direkt betroffen, in naher Zukunft werden mit ihnen Mensch und Natur weltweit zu kämpfen haben. Am härtesten wird es jene Länder treffen, die bislang kaum zum Klimawandel beigetragen haben und gleichzeitig für dessen Auswirkungen am empfindlichsten sind – die Staaten des Südens. Gleichwohl leugnet US-Präsident Donald Trump den Klimawandel und hat den Rückzug seines Landes aus dem Pariser Klimaabkommen angekündigt. Im Vorbereitungsprozess des G20-Gipfels wurden, insbesondere auf Druck der neuen US-Administration, sämtliche Bezüge zum Klimaschutz aus zentralen Dokumenten gestrichen. So etwa beim Treffen der Finanzminister der G20 im März in Baden-Baden. Auch Deutschland ist kein Vorreiter beim Klimaschutz mehr, sondern verschleppt Kohleausstieg, Mobilitäts- und Wärmewende. Ob das beim Klimagipfel von Paris 2015 verabredete Ziel von maximal 2 Grad Erderwärmung erreicht werden kann, ist völlig ungewiss.

Die Wahl von Donald Trump in den USA, hohe Wahlergebnisse rechter Parteien in einigen europäischen Ländern und der Ausgang des Referendums in der Türkei zugunsten einer weiteren Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zeigen: Rückwärtsgewandte Kräfte profitieren von wachsender Verunsicherung in den G20-Staaten, von der Zuspitzung sozialer Konflikte und von einem neoliberalen Kulturwechsel hin zu mehr Wettbewerb statt Solidarität.

Zugleich begehren aber auch immer mehr Menschen gegen die globale Ungleichheit, gegen den Klimawandel und gegen Kriege auf, auch in den G20-Staaten. In den USA hat die Wahl des Präsidenten Trump zu einer Politisierung vieler junger Menschen geführt, die für soziale und demokratische Rechte auf die Straße gehen. In Spanien und Frankreich sind große linke Bewegungen entstanden, die auf der Straße und in Wahlen Erfolge erzielen konnten. In Brasilien und Argentinien entsteht eine breite Bewegung gegen den massiven Sozialabbau der rechten Regierungen. Auch in Deutschland bringen anlässlich des G20-Gipfels viele Menschen ihren Unmut auf die Straße und demonstrieren für globale Umverteilung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Klimaschutz.

Bereits im Vorfeld versucht der Hamburger Senat, Proteste zu erschweren und zu unterbinden: So wurde eine 38 km² große Zone eingerichtet, in der keine politischen Versammlungen erlaubt sind; das Heiliggeistfeld wird für Versammlungen gesperrt; ein

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Platz für ein Protestcamp ist bis jetzt verhindert worden. Damit werden die Grundrechte auf Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit unverhältnismäßig eingeschränkt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für Frieden und Entspannung einzusetzen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden,
2. Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, auch indem sämtliche Waffenexporte sofort gestoppt werden,
3. sich der Politik des „Regime Change“, die der Anmaßung, vor allem westlicher Länder, folgt, über die Regierung und Regierungsform in anderen Ländern zu entscheiden, entgegenzustellen,
4. sich in der Europäischen Union (EU) dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) nicht wieder aufgenommen und die Verhandlungen mit Japan (JEFTA) gestoppt werden, dass die vorläufige Inkraftsetzung des Abkommens mit Kanada (CETA) aufgehoben wird und dass die EU aus den Verhandlungen über ein globales Dienstleistungsabkommen (TiSA) aussteigt,
5. sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) der EU mit afrikanischen Staatengruppen außer Kraft gesetzt und Verhandlungen über gerechte Handelsabkommen aufgenommen werden, die die Entwicklungsinteressen der afrikanischen Partner in den Mittelpunkt stellen,
6. darauf zu verzichten, ein Bekenntnis zu offenen Märkten und Freihandel in der G20-Abschlusserklärung zu verankern,
7. sich für eine Reform und Stärkung der Vereinten Nationen (VN), insbesondere ihrer sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen einzusetzen, etwa indem die Welthandelsorganisation (WTO) unter ihr Dach gestellt und die Aufsicht über Weltbank und Weltwährungsfonds ihr übertragen wird, um Beratungsformate wie G20 und G7 zu überwinden,
8. zur Stärkung der VN auf die Vorschläge der Stiglitz-Kommission aus dem Jahr 2009 Bezug zu nehmen und sich für die Einrichtung einer globalen Wettbewerbsbehörde, einer obersten Regulierungsbehörde für Finanzprodukte und einen Rat für globale wirtschaftspolitische Koordination einzusetzen,
9. sich für ein verpflichtendes öffentliches country-by-country-reporting für multinationale Konzerne einzusetzen, um Steuerfluchtpraktiken zu verhindern,
10. einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorzulegen und sich im Rahmen der EU und der VN für die Einführung einer solchen Steuer einzusetzen,
11. sich aktiv an den internationalen Verhandlungen, insbesondere in den VN, über die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens zu beteiligen,
12. ungeachtet des angekündigten Rückzugs der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, darauf hinzuwirken, dass auf dem G20-Gipfel in Hamburg ein klares Signal gesendet wird, dass von den Teilnehmerstaaten die Erfordernisse des Abkommens verstanden und unterstützt werden und dass der UN-Prozess zur Minderung der Treibhausgasemissionen, zur Anpassung an den bereits zu einem gewissen Grade unvermeidbaren Klimawandel sowie zur Klimafinanzierung im Rahmen des Übereinkommens von Paris gestärkt wird,
13. darauf hinzuwirken, dass innerhalb des UN-Prozesses die Transferzahlungen an den globalen Süden zur Klimafinanzierung so ausgestaltet werden, dass tatsäch-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

lich zusätzliche öffentliche Mittel aus dem globalen Norden ab 2020 im vereinbarten Umfang von 100 Mrd. US-Dollar jährlich (bis dahin aufwachsend) und ab 2025 in einem deutlich höherem Volumen fließen, welche den anstehenden Aufgaben für Klimaschutz und Anpassung im globalen Süden angemessen sind, sowie darauf, dass die Mittel für Anpassungsmaßnahmen vorrangig jenen Gesellschaftsgruppen und Regionen zufließen, die besonders benachteiligt bzw. am meisten verwundbar sind und

14. dafür Sorge zu tragen, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wie auch die Bewegungsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger während des Gipfels gewährleistet werden.

Berlin, den 27. Juni 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.